Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oeblmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle 15 Pfg. berechnet und in der Expedition von unsern Annahmestellen und den Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 83. **Halle a. d. Saale, Montag, den 19. Februar** **1900.**

Reform des Gemeindewahlrechts.

Wenn die hohe preußische Staatsregierung mit der „Reform" eines bestehenden Gesetzes an die Oeffentlichkeit tritt, so erfaßt den in solchen Sachen kundigen Staatsbürger jedesmal ein gewisses Grauen, denn die „Reformen", mit denen die Regierung das Volk zu beglücken beliebt ist, enthalten nur sehr selten eine wirkliche Verbesserung des Bestehenden. Meistens sind sie im Gegentheil darauf zugeschnitten, veraltete und der Verbesserung gar sehr bedürftige Zustände mit einigen nichtssagenden Abänderungen auch für zukünftige Zeiten festzulegen, wenn sie nicht gar eine direkte reformatio in pejus enthalten. Wer erinnert sich, wenn von „Reformen" die Rede ist, nicht beispielsweise der famosen lex Recke, welche bekanntlich auch eine „Reform" darstellen sollte.

Jetzt ist die preußische Regierung wieder mit einer „Reform" an den Landtag herangetreten, nämlich mit der „Reform des Gemeindewahlrechts." Den Gesetzentwurf, der in der halbamtlichen „Berliner Korrespondenz" veröffentlicht und besprochen worden ist, haben wir bereits in unserer letzterschienenen Nummer 82 vom Sonntag, den 18. d. Mts., mitgetheilt. — Die Reform des Gemeindewahlrechts beschäftigt das preußische Parlament und die Oeffentlichkeit bereits seit längerer Zeit. Schon im vorigen Jahre hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher die Aenderung des bestehenden Gemeindewahlrechts in Preußen bezweckte. Der Gesetzentwurf hat denn auch das Abgeordnetenhaus beschäftigt und ist von diesem einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen worden. Aus dieser Kommission ist er nicht wieder herausgekommen. Sie hat sich eingehend des Gesetzentwurfs angenommen, ist aber, da sich die Interessen des Centrums mit denen der Nationalliberalen absolut nicht vereinigen lassen wollten, nach längeren Verhandlungen zur definitiven Ablehnung des ganzen Gesetzentwurfs gekommen. Der Schluß des preußischen Landtags verhinderte sodann eine weitere Verhandlung im Plenum, und so ist der Gesetzentwurf in der Kommission einfach stecken und ohne befriedigendes Resultat geblieben.

Jetzt hat die Regierung nun eine zweite „Reform" ausgearbeitet, die — das ist gleich vorweg gesagt! — nichts weiter als eine Verschlechterung des vorjährigen Gesetzentwurfes bedeutet. Während der vorjährige Entwurf für alle preußischen Gemeinden Giltigkeit haben sollte, soll sich der neu eingebrachte nur auf die Gemeinden mit über 10,000 Einwohnern beschränken, weil sich, wie regierungsseitig behauptet wird, in den Gemeinden unterhalb dieser Einwohnergrenze die Wahlrechtsverhältnisse in nicht nennenswerther Weise verschoben haben. Für das platte Land hat mithin der neue Gesetzentwurf absolut keine Bedeutung. Und weshalb gleichsieht dieses? — Nur um den agrarkonservativen Junkern des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses entgegenzukommen.

Der neue Entwurf bringt aber auch noch eine andere ortsstatutarische Neuerung, von der der vorjährige Entwurf nichts wußte. Er will nämlich gegen den vorjährigen Regierungsentwurf ein „Ventil schaffen" gegen ein allzu starkes Wirken des Durchschnittsprinzips. Dieses Ventil soll in der Bestimmung liegen, daß das Ortsstatut bei Einführung des Durchschnittsprinzips an Stelle des einfachen Durchschnittes ein Vielfaches desselben bis zum Höchstsatze des 1½fachen Durchschnittes als Norm für das Aufsteigen aus der unteren in die obere Wählerabtheilung zu Grunde legen darf. Auf diese Weise soll einer „fortschreitenden Demokratisirung des Gemeindewahlrechts entgegengewirkt werden" über den Rahmen einer Ausgleichung der im Versolg der Steuerreform eingetretenen Verschiebungen hinaus. Die Zulassung von ortsstatutarischen Abweichungen wird in der jetzigen Vorlage durch die neue Bestimmung eingeschränkt, daß ortsstatutarische Abweichungen nur innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes und später nur je innerhalb eines Jahres nach 10-, 20- usw. jährigen Geltungsperioden beschlossen bezw. abgeändert oder aufgehoben werden können. Damit sollen die fortgesetzten Verfassungskämpfe in den Gemeinden verhütet werden.

Die „Verhütung der fortgesetzten Verfassungskämpfe in den Gemeinden" ist weiter nichts als ein Vorhang, den der Nachfolger des Freiherrn v. d. Recke v. d. Horst, der neue Minister v. Rheinbaben, vorzuziehen beliebt, um das Grauen zu verbergen, das ihn offenbar vor dem „Liberalismus" seines Amtsvorgängers und dessen Empfehlung des zur Demokratisirung des Gemeindewahlrechts führenden Durchschnittsprinzips erfaßt hat. Das Grauen vor den „Verfassungskämpfen in den Gemeinden" charakterisirt den neuen Minister des Innern in so vortrefflicher Weise, daß jeder weitere Kommentar überflüssig erscheint.

Im übrigen ist die „Reform" des Gemeindewahlrechts auch in ihrer neuen Gestaltung eigens darauf zugeschnitten, das berühmte Dreiklassenwahlrecht, nach Bismarck bekanntlich das elendeste aller Wahlsysteme, in keiner Weise zu verbessern. Der bisherige plutokratische Charakter des Gemeindewahlrechts wird auch bei dem „verbesserten" Dreiklassenwahlsystem mit liebevollster Fürsorge beibehalten, so daß die bevorzugte Minderheit auch bei dem neuen Gemeindewahlrecht der Allgemeinheit gegenüber seine dominirende Stellung behalten würde, falls nämlich die von der Regierung beabsichtigte „Reform" wirklich gesetzliche Kraft erhalten wird. Das wird aber voraussichtlich nicht geschehen, da namentlich das Centrum gegen den Gesetzentwurf ganz entschieden Front machen wird. Bringt aber das Centrum auch diese „Reform" wieder zu Falle, so wird ihr der Liberalismus auch nicht eine Thräne nachweinen, denn sie ist von einem wirklich gerechten Wahlsystem ebenso weit entfernt, wie beispielsweise das königlich preußische Staatsministerium vom Einbringen wirklicher Reformen.

O.

* * *

Wie das Centrum über die Reform des Gemeindewahlrechts denkt, darüber geben nachstehende Ausführungen der „Germania" genügenden Aufschluß:

„Es ist eine sonderbare „Reform" des Gemeindewahlrechts, welche die halbamtliche „Berl. Korr." als Inhalt der neuen Novelle ankündigt! Man könnte die Novelle ebenso gut als einen „Gesetzentwurf zur Sicherung des plutokratischen Gemeindewahlrechts" bezeichnen. Thatsächlich läuft ja der Inhalt der neuen Novelle darauf hinaus, und dieser gesetzgeberische Zweck wird nur kaum verhüllt und verklausulirt, um den Schein einer Reform wenigstens äußerlich zu wahren. Wäre es nicht einfacher und deutlicher gewesen, wenn die Regierung der neuesten Novelle zur Gemeindewahlrechts-Reform die Fassung gegeben hätte, die die nationalliberale „Rhein. Westf. Ztg." im Juni vorigen Jahres der vorjährigen Novelle zu geben vorschlug: „Das Wahlrecht wird für jede Gemeinde selbständig festgestellt und das nationalliberale Wahlkomitee erhält den Auftrag, Bestimmungen zu treffen, welche den Bestand der (nationalliberalen) Partei allerorten sicher stellen" Es gewinnt in der That den Anschein, als ob dieser gesetzgeberische Gedanke für Herrn v. Rheinbaben der Leitstern bei der Ausarbeitung dieser Gemeindewahlreform-Novelle gewesen sei. Daher der an den gesetzgeberischen Vorschlag der „Rhein. Westf. Ztg." erinnernde Schlußsatz, daß das Gemeindewahlrecht „nicht in lichtscheuer Weise durchgeführt, sondern in jeder von ihr betroffenen Gemeinde in thunlichst individualisirender Weise angepaßt werden soll." Wie schön nimmt sich einem so den individualisirenden gesetzgeberischen Prinzip gegenüber die Ausstellung eines allgemeinen Grundsatzes, einer Regel wie die des „Durchschnittsprinzips", aus! Diese „Regel" soll auch nur in Gemeinden mit über 10,000 Einwohnern als „Regel" gelten, Gemeinden unter 10,000 Einwohnern bleiben vollständig der bisherigen Plutokratie einzelner steinreicher Leute unterworfen. Das „Durchschnittsprinzip" selbst bekommt aber ein „Ventil", durch das es „unschädlich" gemacht werden kann. Und wenn das noch nicht genügt, so wird die herrschende Plutokratie in den Gemeindevertretungen zum Ortsstatut greifen und dies um so leichter thun, als bei der Einführung der Zwölfteilung, wie sie im vorjährigen Kompromiß-Antrage Fritzen-Sattler vorgesehen war, nun nicht diesem Kompromiß entsprechend eine Zweidrittel-Mehrheit, sondern nur eine einfache Stimmenmehrheit der Stadtvertretung dazu erforderlich ist, der herrschenden Plutokratie in den Stadtvertretungen auf Jahrzehnte hinaus die Alleinherrschaft zu sichern. Das nennt sich „individualisiren" und das Ganze soll „Reform" heißen! Großartig!"

Also, Herr v. Rheinbaben, der Tanz beginnt, und — das Centrum spielt dazu auf.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Prinz Heinrich empfing gestern vormittag in Kiel die von dem Rektor Professor Niedler geführte Deputation der Technischen Hochschule in Charlottenburg, die dem Prinzen das Diplom als Doktor-Ingenieur überreichte. — Zu Ehren des Prinzen veranstaltete die Kieler Bürgerschaft gestern nachmittag einen Fackzug, an dem etwa 10,000 Personen, Beamte, Studenten, Mitglieder der Militär- und Kriegervereine, Angestellte der Kaiserwerft und der großen Privatwerften, sowie Mitglieder von Gesang-, Sport-, Schützen- und gewerblichen Vereinen theilnahmen. Der Zug, in dem sich auch zahlreiche Fackwagen befanden, bewegte sich geschlossen durch den Schloßhof, wo Prinz Heinrich mit dem Prinzen Waldemar auf der Freitreppe die Hurrahrufe der einzelnen Gruppen freundlich entgegennahm, während Prinzessin Irene mit dem Prinzen Siegismund und dem Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen vom Fenster aus der Huldigung zusahen. Nach dem Vorbeimarsch nahmen auf die Einladung des Prinzen Heinrich die Vorsitzenden der einzelnen Vereine, Korporationen und Innungen im Mittelsaal des Schlosses Aufstellung, wo der Vorsitzende des Festausschusses, Dr. Ehrhardt, eine Ansprache an den Prinzen hielt, in der er der Freude der Einwohnerschaft Kiels über die glückliche Heimkehr des Prinzen Ausdruck lieh. Prinz Heinrich erwiderte, daß nicht ihm, sondern vor allem dem Kaiser Dank gebühre. Der Prinz erfreute jeden der Anwesenden durch einen Händedruck und bat, allen Betheiligten seinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Die außerordentliche spanische Gesandtschaft unter Führung des Herzogs von Veragua wird am 25. d. von Madrid nach Berlin abreisen, um dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm den Orden des Goldenen Vließes zu überreichen.

Herr v. Frege und die konservative Partei.

Bei der Versammlung des Bundes der Landwirthe im Cirkus Busch hatte der Vice-Präsident des Reichstags und konservative Abg. v. Frege, mit dem wir uns schon gestern eingehend zu beschäftigen hatten, einiges Aufsehen dadurch hervorgerufen, daß er im Namen aller Abgeordneten, die auf dem Boden des Bundesprogramms stehen, der Versammlung einen „Gruß" brachte und dann zur Arbeit der nächsten Jahre, der Vorbereitungen der künftigen Handelsverträge übergehend, ausführte:

Hoffen wir, daß der deutsche Reichstag im Jahre 1903 einen Reichskanzler findet, der den Spuren seines großen Vorgängers, des Fürsten Bismarck, folgt. Hoffen wir auf diesen Reichskanzler der Zukunft! Bleiben wir treu unseren altbewährten Grundsätzen, bleiben wir treu unseren angestammten Königshäusern und unseren Landesregierungen, treu bis auf die Knochen! Aber ebenso treu unserem Bundesprogramm! Mit diesem Gruße der jetzigen Minorität schließe ich und wünsche Ihnen, daß es niemals heißen möge: vae victis, sondern immer nur: Mit Gott für König und Vaterland.

Da dem Fürsten Hohenlohe wenige Wochen vorher von den nächsten Freunden des Abg. v. Frege im Reichstage ein unverblümtes wirthschaftspolitisches Mißtrauen bekundet worden war, so ließ dieses auffallende Auftreten des Abg. v. Frege, so wenig man seine persönliche Bedeutung überschätzen mochte, doch immerhin „tief blicken". Und so nimmt es nicht wunder, daß die Centralleitung der konservativen Partei das Bedürfniß hat, wenn auch mit einem reichlichen Aufwand von Gedankenstrichen so doch deutlich genug das Pronunciamento des Herrn v. Frege zu korrigiren.

„Glücklicherweise," so erklärt die „Konservative Korresp.", „hat es mit den zukünftigen Handelsverträgen noch ein paar Jahre Zeit und — wer weiß, ob nicht Fürst Hohenlohe, der die Landwirthe angenehm zu enttäuschen sich vielleicht als seine letzte Lebensaufgabe gestellt hat, dieser Kanzler der zukünftigen Handelsverträge ist? Wir Konservativen haben — wie oft soll das erklärt werden — kein Interesse daran, den Fürsten zu Hohenlohe aus dem Amte scheiden zu sehen, und besonders Herr Dr. v. Frege kennt (!) als langjähriges Mitglied des Staatsrathes und des wirthschaftlichen Ausschusses die Lage der Dinge doch wahrlich genau genug, er weiß — wie die konservative Partei überhaupt — das Walten des Herrn Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky auf diesem Gebiete genau genug zu schätzen und anzuerkennen, daß gerade er am allerwenigsten den Wunsch hegen könnte — selbst wenn er es vermöchte — den jetzigen Kanzler um des zukünftigen Kanzlers willen zu stürzen."

Agrarische Selbsterkenntniß?

Eine zwar unfreiwillige, aber vielleicht um so treffendere Kritik hat der Abg. Graf Stolberg im Reichstage am 10. d. M. an der Forderung der Agrarier geübt, Deutschland wirthschaftlich möglichst unabhängig vom Auslande zu machen.

„Denken Sie sich," so erklärte Graf Stolberg nach dem amtlichen Stenogramm, „unsere Flotte würde, weil sie zu schwach ist, vernichtet, denken Sie sich die Flotte weg, denken Sie sich unsere ganze Ausfuhrindustrie weg und unseren ganzen Ausfuhrhandel weg, was würde dann aus Deutschland werden? Dann wären wir ein kontinentaler Agrarstaat. Was würde die Folge sein? Unsere Bevölkerung würde rapide sinken, wir würden bei weitem mehr Getreide produziren, als wir brauchen, wir würden also statt eines getreideeinführenden Landes ein getreideausführendes Land sein. Dann würde uns kein Getreidezoll der Welt irgend etwas helfen. Denn kein Mensch würde uns Getreide bringen, wenn wir keins haben wollen. Wir würden also mit anderen Worten schließlich auf das Niveau der Getreidepreise heruntergehen, wie sie in Rußland sind."

Diese Anschauung hat die liberale Presse seit Jahren vertreten und ist deswegen von der agrarischen Presse mit Spott und Hohn überschüttet worden. Sie kann nunmehr mit Genugthuung davon Vermerk nehmen, daß auch in agrarischen Kreisen die Erkenntniß zu dämmern scheint, daß ein durch Vernichtung unseres Ausfuhrhandels erkämpfter Agrarstaat den Todeskeim in sich selbst trägt.

Zur Schulaufsicht.

Die „Natlib. Korr." lenkt heute die Aufmerksamkeit auf einen Vorgang, der sich am Donnerstag abend bei der Berathung des Kultusetats in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses zugetragen. Zur Verbesserung der Schulaufsicht sind im Kultusetat sechs neue Kreisschulinspektoren im Hauptamt gefordert, und zwar sind diese Stellen bestimmt, um einen zu umfangreichen Aufsichtsbezirk zu theilen; in drei Bezirken, in denen die Verwaltung provisorisch geregelt ist, eine endgiltige Regelung herbeizuführen, und in zwei bisher nebenamtlich beaufsichtigten Kreisschul-Inspektionsbezirken, mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse, Kreisschulinspektoren im Hauptamt einzustellen. Für die neuen Kreisschulinspektoren waren insgesammt an Gehalt, Dienstunkosten und Wohnungsgeldzuschüssen ganze 42,000 M. mehr gefordert. Zur großen Ueberraschung des Kultusministers Studt wurde aber nur eine neue Kreisschulinspektorstelle im Hauptamt, und zwar für Schöneberg, genehmigt; die übrigen fünf Stellen, die für Eschweiler, Preußisch-Holland, Stuttdof im Regierungsbezirk Danzig, Ibzhoe und Neckinghausen gefordert waren, wurden abgelehnt und die für diese Inspektionen geforderte Summe hinzugefügt zu Titel 29, worin bereits 50,000 M. mehr als im Vorjahre an widerruflichen Remunerationen für die Kreisschulinspektoren im Nebenamt, die geistlichen Kreisschulinspektoren, ausgeworfen sind. Der Kultusminister gab sich vergebliche Mühe, die sechs neu geforderten Kreisschulinspektoren durchzusetzen, das Centrum und die Konservativen waren einig, dem Kultusminister gleich zu Beginn seines Amtsantrittes klar zu machen, wie sie das Schulregiment geführt wissen wollen, und daß bei ihnen erst die Kirche und dann der Staat kommt. Da sie die Mehrheit haben, beschlossen sie kurzerhand, wie oben angegeben.

Politisches.

* Die amtliche „B. Korr." bringt folgende offiziöse Erklärung zur Flottenvorlage:

„In verschiedenen Blättern wird neuerdings verlucht, dafür Stimmung zu machen, von der Verstärkung der Schlachtflotte nur die erste Hälfte gesetzlich festzulegen und die Frage des Ersatzes der Küstenpanzerschiffe durch Linienschiffe offen zu lassen. Bei diesem Vorgehen tritt eine Verkennung des Zwecks der Vorlage zu Tage. Es kommt vor allem darauf an, eine Entscheidung über die Frage herbeizuführen, ob eine Schlachtflotte in dem geforderten Umfange für Deutschland erforderlich ist oder nicht. Würde nur die erste Hälfte der geforderten Vermehrung gesetzlich festgelegt werden, so bedeutet dies, daß eine Schlachtflotte in dem von den verbündeten Regierungen geforderten Umfange nicht für erforderlich gehalten wird."

Das heißt mit anderen Worten: Entweder alles oder nichts!

* Lange vor Weihnachten wurde gemeldet, daß man weder im Ministerium des Innern noch in dem der Finanzen mit einer Durchberathung der Kanalvorlage in dieser Tagung des Abgeordnetenhauses rechne. Die Thronrede schien dieser Meldung zu widersprechen; aber, wenn auch der Wille zur nochmaligen Einbringung der Vorlage in dieser Tagung wieder aufgenommen worden ist, so liegen, nach der „T. R.", die Verhältnisse zur Zeit doch so, daß man bei der Regierung sich mit dem Gedanken eines einstweiligen Verzichtes auf die Kanalvorlage völlig vertraut gemacht hat. Die Kanalvorlage werde der Flottenvorlage nicht hemmend im Wege liegen. — Hm!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000219015/fragment/page=0001

„Deutsche Tageszeitung" sucht den Reichstag stark zu
daß er in der lex Heinze den sog. Theater-
phen auch in dritter Lesung aufrecht erhalte. Sie
sie habe allen Grund, anzunehmen, daß der Minister
n, Frhr. v. Rheinbaben, in dieser Beziehung anders
Staatssekretär Nieberding, der den Paragraphen für
und mannehmbar erklärt hat. Herr Nieberding ist
ger, rubiger und fester Herr und giebt nicht leicht-
ungen ab. Außerdem aber hat in der zweiten Lesung
Herrn Nieberding ein Kommissar des preußischen
des Innern gegen den Paragraphen gesprochen und
Artikel der halbamtlichen „Berl. Korr." ist dieser
h neben dem Arbeitgeber-Paragraphen und der Be-
g des Schutzalters für Mädchen als unannehmbar be-
worden. — Der Verein „Berliner Presse" hat in
stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung
nden Beschluß gefaßt: „Der Verein „Berliner Presse" legt
en die engherzigen Anschauungen von dem Wesen der Kunst,
durch die Abstimmung der Reichstags-Mehrheit zu den
s 184a und 184b der sog. „lex Heinze" zum Ausdruck ge-
kommen sind, entschiedene Verwahrung ein und bedauert lebhaft, daß derartige unduldsame Auffassung an solcher Stelle Anerkennung finden konnte. Insbesondere weist der Verein „Berliner Presse" die nach Form und Inhalt unberechtigten Angriffe des Abgeordneten Bören gegen die Person und Werke seines Mitgliedes Hermann Sudermann mit Entrüstung zurück."

* Ueber die Pläne des Ministers des Innern hinsichtlich der im Zuge befindlichen Neuordnung der staatlichen Organisation für Berlin und Umgebung äußern sich heute die „B. Pol. N." in beschwichtigender Weise:

Wie die Polizeiverwaltung der drei vorstädtischen Stadtkreise mit der von Berlin unter der Oberleitung des Polizeipräsidenten vereinigt werden soll, so liegt es auch in der Absicht, die Kommunalaufsicht über jene drei Stadtkreise mit der über Berlin zu vereinigen und beide einem besonderen Oberpräsidenten für Berlin und Umgebung zu übertragen. Die Abtrennung des Oberpräsidiums von Berlin und Umgebung von dem der Provinz Brandenburg empfiehlt sich nicht nur infolge des großen, von einer Person nicht mehr wohl zu bewältigenden Geschäftsumfanges, als namentlich deshalb, weil die Oberpräsidialgeschäfte für Brandenburg und für Berlin und Umgebung ganz verschiedener Natur sind. Während der Schwerpunkt der Thätigkeit des Oberpräsidenten von Brandenburg in der großen Melioration weiter Landstriche der Provinz liegt, wird der Oberpräsident von Berlin und Umgebung in erster Linie alle diejenigen Geschäfte wahrzunehmen haben, welche in anderen Theilen des Landes den Regierungspräsidenten obliegen. Für Berlin selbst sollen ihm außerdem die Funktionen des Bezirksausschusses zu. Die Neuorganisation beschränkt sich indessen auf die Staatsbehörden selbst. Sie hat keinerlei Rückwirkung auf kommunale Verhältnisse. Weder ändert sich dadurch etwas in Bezug auf den Umfang und Inhalt der staatlichen Aufsicht gegenüber der Stadtgemeinde Berlin, noch in Bezug auf die Gestaltung und Begrenzung der Provinz Brandenburg oder der an Berlin grenzenden Vorortkreise.

Parlamentarisches.

* In der Reichstagskommission zur Vorberathung des Münzgesetzes wurde regierungsseitig hervorgehoben, daß zur leichteren Unterscheidbarkeit des 50 Pfennig-Stückes vom 10 Pfennig-Stücke wohl nothwendig sein werde, die Kerbung des Münzrandes schärfer zu machen, statt der Aufschrift „50 Pfennige" die Aufschrift ½ Mark zu wählen und vielleicht auch an Stelle des Reichsadlers etwas anderes zu setzen.

* Dem Abgeordnetenhause ging ein Gesetzentwurf zu betr. die Abänderung von Bestimmungen der Kreisordnung für die alten Provinzen und ein Gesetzentwurf betr. die Polizeiverwaltungen in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf.

* Die Abgeordneten Baensch-Schmidtlein, Friedberg, Reinecke und Seydel-Hirschberg brachten im Abgeordnetenhause mit Unterstützung der nationalliberalen und der freikonservativen Partei folgende Interpellation ein:

Welche Maßregeln gedenkt die königl. Staatsregierung zur Beseitigung der immer schwerer empfundenen Mißstände und Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Unterhaltung der Volksschulen zu ergreifen?

* In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses theilte am Freitag ein Vertreter der Regierung mit, daß ein Gesetzentwurf betr. die Regelung der Haftpflicht des Staates für die Vergehen seiner Beamten in Vorbereitung sei.

München, 17. Febr. Die Kammer der Abgeordneten nahm mit 82 gegen 39 Stimmen die Berggesetz-Novelle an. Eine sozialdemokratische Resolution betreffend die ständige Grubenaufsicht durch Arbeiter wurde bis zur Berathung des Bergetats zurückgestellt.

Weimar, 17. Febr. Der Landtag bewilligte heute, entsprechend dem Bericht des Finanzausschusses, für den Besuch und das Studium der Pariser Weltausstellung durch geeignete Personen einstimmig 6000 M.

Volkswirthschaftliches.

* Die Bildung des Zuckerkartells ist einstweilen noch nicht gelungen. Die Raffinerien sind dafür gewonnen, die Rohzuckerfabriken jedoch noch nicht, wenigstens nicht in der erforderlichen Anzahl. Wie die „Deutsche Zuckerindustrie" berichtet, fand am 10. d. in Berlin eine Generalversammlung des Syndikats deutscher Zuckerraffinerien statt, in der auch einige das Kartell betreffende Festsetzungen getroffen wurden. Alle Beschlüsse von wesentlicher Bedeutung wurden einstimmig gefaßt, und der Verlauf der Versammlung gab Zeugniß, daß das Kartell unter den Raffinerien keinerlei Gegnerschaft mehr findet. Das Zustandekommen hänge aber von den Rohzuckerfabriken ab, von denen eine Anzahl ihre Zustimmung noch nicht gegeben hat. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens sei daher noch ganz unbestimmt.

* Vom Petroleumring wird der „Freis. Ztg." aus Ludwigshafen berichtet, daß, wie in der Generalversammlung des Vereins zum Schutze für Handel und Gewerbe festgestellt wurde, die deutsch-amerikanische und die Mannheim-Bremer Petroleumgesellschaft die in Kolonialwaarengeschäften Petroleumapparate aufgestellt, diese mit Schlössern zu versehen beabsichtigt, um dadurch die Kaufleute zu zwingen, ihren Bedarf ausschließlich bei ihnen zu beziehen. Das energische Vorgehen des Vereins zum Schutz für Handel und Industrie hat aber die Einführung dieses Vorhabens verhindert. Wenn man bedenkt, daß der Petroleumverkaufspreis von 16 auf 22 Pf. das Liter, also bei einem jährlichen deutschen Verbrauch 120 Millionen Liter um 7.2 Millionen Mark erhöht wurde, so hat man ungefähr eine Vorstellung, was geschehen wäre, wenn die Unterwerfung der Detaillisten gelungen und jede Konkurrenz ausgeschieden wäre.

* In der bekannten Tapetenringaffäre hat die Kölner Strafkammer auf Grund der von ihr vorgenommenen Feststellung nunmehr dahin erkannt, daß der Vorsitzende des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten Langhammer, gegen den Anklage wegen Erpressung eingeleitet worden war, außer Verfolgung zu setzen sei. Die Angelegenheit wird immerhin das Kölner Gericht beschäftigen, da der Kölner Tapetenhändler Heiden Sohn Nebenklage eingereicht hat.

Schule und Kirche.

* Schlesien erhält keine technische Hochschule! Nach einem in Breslau eingegangenen Ministerialerlaß muß von der 37-Millionenanleihe der als Zuschuß für die Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau eingestellte Betrag von einer Million Mark abgesetzt werden. Die Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau dürfte, wie es in dem Erlasse heißt, nachdem soeben erst mit der Errichtung einer solchen in Danzig vorgegangen wird, für die nächste Zeit nicht in Aussicht stehen.

* Auf einem evangelischen Gemeindeabend in Osnabrück erklärte Pastor Weingart, er würde voraussichtlich noch längere Zeit in Osnabrück bleiben, halte aber nach dem Entscheide des Kultusministers die Aussicht für geschwunden, daß er jemals wieder in Osnabrück sein Pfarramt weiterführen könne. Da auch nach reiflicher Erwägung eine völlige Umgestaltung der dortigen kirchlichen Verhältnisse nicht rathsam erscheine, so halte er es für geboten, sich nach einem anderen Arbeitsfelde umzusehen. Er wisse wohl, daß in letzter Zeit bei Vielen neue Mittel und Wege erwogen seien, um die Bewegung doch noch zu einem greifbaren Ziele zu führen, daß in vieler Herzen die Hoffnung nicht erlöschen wolle, ihn doch noch am Platze zu erhalten. Er wolle diese Hoffnung nicht zurückweisen, wenn er auch für seine Person noch kaum etwas zu hoffen wage. Auch eine freie Gemeinde würde ihm nicht den gewünschten Ersatz bieten können, ganz abgesehen von den mancherlei Schwierigkeiten, die sich der Gründung einer solchen entgegenstellen würden. Wahrscheinlich werde auf einer in diesem Frühjahr nach Hannover einzuberufenden Landesversammlung eine festere Organisation des hannoverschen Protestantenvereins herbeigeführt werden, um dadurch einen größeren Einfluß auf das kirchliche Leben zu gewinnen.

* Die philosophische Abtheilung der Berliner Finkenschaft hatte eine Giordano Bruno-Feier für letzten Freitag, dem Vorabend des 300jährigen Todestages Giordano Bruno's, angekündigt. Prof. Lasson sollte dabei die Rede im katholischen Vereinshause halten. Da erfuhr der Centrumsabgeordnete Dasbach von der Feier. In einem Briefe forderte er den Propst von Berlin und fürstbischöflichen Delegaten Dr. Neuber auf, diese „skandalöse Feier" zu verhindern. Der Propst hat darauf auch dem Wirth die Abhaltung der, auch nach seinen Worten, „skandalösen Feier" verboten. Mit großer Mühe wurde in letzter Stunde in der Nähe noch ein freier Saal gefunden, und so konnte endlich um ¾10 Uhr der Vortrag trotz alledem vor einem stark zusammengeschmolzenen Auditorium beginnen. Der Vortrag enthielt nichts, was gegen die katholische Kirche gerichtet wäre. Prof. Lasson enthüllte unparteiisch Licht- und Schattenseiten im Charakter des großen Todten und fand mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall.

* Zum Lehrerelend in Mecklenburg berichtet man der „Voss. Ztg.": Die Stadt Hagenow meint es gut mit ihren Lehrern, sie bewilligt ihnen sogar ein Ruhegehalt. Anstoß zu dieser „Reform" gab das mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getretene abgeänderte Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, wonach alle Lehrer und Lehrerinnen, die nicht pensionsberechtigt sind, kleben müssen. Das Kleben wollte Hagenow seinen bisher nicht pensionsberechtigten Lehrkräften ersparen, und deshalb bewilligte es ihnen schnell eine Pension von jährlich — 116 Mark.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Oberlandesgerichtsrath Müller in Karlsruhe ist an Stelle des ausscheidenden Reichsgerichtsraths Wielandt zum Reichsgerichtsrath ernannt worden.

* Die „Schles. Ztg." erhielt ein Schreiben von dem Regierungspräsidenten zu Oppeln, v. Moltke, wonach die Nachrichten über seine anderweitige dienstliche Verwendung jedes thatsächlichen Inhalts entbehren. Herr v. Moltke war bekanntlich als künftiger Regierungspräsident in Potsdam bezeichnet worden.

Arbeiterbewegung.

* Die Zahl der Ausständigen Bergarbeiter in den sächsischen Kohlenrevieren ist im Steigen begriffen. Das Streikkomitee gab am Sonnabend die Zahl der ausständigen Arbeiter auf 65 Proz. der Belegschaften an, die offizielle Streikstatistik dagegen auf ca. 30 Proz. weniger. Auf elf Schächte des Zwickauer Reviers hat der Ausstand noch keine Einwirkung gehabt. Im Oelsnitz-Lugauer Revier beschloß eine Bergarbeiterversammlung die Fortsetzung des Streiks und Erweiterung der Forderungen im Sinne der Zwickauer Streikenden. — Durch den infolge der Ausstände der Bergleute hervorgerufenen Kohlenmangel sind die zahlreichen Porzellanfabriken und Glashütten in Thüringen sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Viele haben sich genöthigt gesehen, den Betrieb einzuschränken, einige sind zur Holzfeuerung übergegangen, andere beziehen die durch die Fracht sehr vertheuerte englische Kohle.

Kolonialles.

* Nach weiteren Meldungen aus China ist die Lage in Schantung sehr ernst. Nach zuverlässigen Mittheilungen wurde am 11. Februar das Bahnbureau südlich von Kaumi von Eingeborenen überfallen und gilt seitdem als gefährdet. Der Beamte des Bahnbureaus konnte nach Kiautschou gelangen. Der Gouverneur entsandte von Tsingtau aus eine Schutztruppe nach Kiautschou und beauftragte den Hauptmann Maube in Kaumi, mit dem dortigen Mandarin über die Beilegung der Unruhen in Verbindung zu treten. — Bischof Anzer, der apostolische Vikar in Südschantung, ist vor einigen Tagen in Brindisi angekommen und reiste nach Rom weiter, von wo aus der Bischof der „Köln. Volksztg." zufolge, nach Berlin reisen will. Seine Anwesenheit in Europa wird mit den jüngsten Unruhen und Christenverfolgungen in Südschantung zusammengebracht.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung vom 17. Febr. 11 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Ministertische: v. Thielen u. a.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes und Förderung des Kleinbahnwesens.

Der Gesetzentwurf verlangt im ganzen 115,660,000 M., und zwar zum Bau von 5 neuen Hauptbahnen und 15 neuen Sekundärbahnlinien nebst Beschaffung von Betriebsmitteln 91,660,000 Mark, zur Betheiligung des Staates am Bau einer Eisenbahn von Treuenbrietzen nach Neustadt a. d. Dosse durch Uebernahme von Aktien 4 Mill. M. und zur Förderung von Kleinbahnen 20 Mill. M.

Minister v. Thielen: Die Sekundärbahnvorlage bedarf wohl weniger der empfehlenden Worte seitens der Regierung, wie die meisten anderen Vorlagen. Die diesjährige Vorlage unterscheidet sich aber so wesentlich von ihren Vorgängern, daß ich doch einige einleitende Worte sprechen muß. Die Vorlage ist jetzt gekommen, weil einige der geplanten Linien noch große Schwierigkeiten boten. Die Vorlage ist aus diesem Grunde in der vorigen schon so stark belasteten Session nicht mehr eingebracht worden. Inzwischen haben wir die Vorlage noch ergänzt und erweitert. Für bewilligte und schon in Angriff genommene Bahnen stehen noch für 246,829,000 Kredite aus und für noch nicht in Angriff genommene Bahnen noch für 112,828,000 M. Man kann aber den Bau der bewilligten Linien nicht nach Belieben beschleunigen, denn dazu gehören Arbeiter und Techniker, die man nicht beliebig bekommen kann. Die jetzige Vorlage fordert seit langer Zeit zum ersten mal wieder Geld auch zum Bau von Hauptbahnen, nämlich von Gleiwitz nach Emanuelssegen und Antonienhütte, von Herford nach Bünde, von Osterfeld nach Hamm, von Gaualgesheim nach Münster a. Stein, und von Morsbach nach Wilcholsheim. Letztere Bahn muß aus strategischen Gründen erfolgen. Die Bahnen Gleiwitz-Antonienhütte und Osterfeld-Hamm sollen hauptsächlich dem Bergbau dienen. Kanalprojekt zusammenhängt, darauf will ich jetzt nicht eingehen. Das auseinanderzusetzen wird mir zu noch in dieser Session reichlich Gelegenheit gegeben werden. Die Bahn Gaualgesheim-Münster a. Stein ist gleichfalls aus strategischen Rücksichten zu bauen. An diesen strategischen Bahnen wird sich auch das Reich mit einem entsprechenden Kostenbeitrag betheiligen. Redner geht sodann auf die 15 verlangten Sekundärbahnen ein und fährt dann fort: Daß der Osten gegenüber dem Westen in Bezug auf den Bau von Sekundärbahnen benachtheiligt werde, wie hier und da behauptet wird, ist ein Irrthum. Vielmehr sind für den Osten 58 Proz. und für den Westen nur 42 Proz. Nebenbahnen gebaut worden. Im übrigen meine ich aber, daß die Nebenbahnen nicht gleichmäßig auf die einzelnen Provinzen vertheilt werden sollen, sondern daß sie da gebaut werden, wo sie nothwendig erscheinen. Mit der Betheiligung an der Bahn von Treuenbrietzen nach Neustadt erfüllt die Regierung ein früher gegebenes Versprechen. Das Kleinbahnwesen sucht der Staat nach Kräften weiter zu fördern. In der Zeitschrift für Kleinbahnen ist ein interessanter Aufsatz über das Kleinbahnwesen erschienen, welcher alles Wissenswerthe enthält und den ich den Herren zum Studium empfehle. Die Regierung wird auch in Zukunft ihre Aufmerksamkeit dem Kleinbahnwesen zuwenden. (Beifall.)

Abg. v. Ehnern (nl.): Der Minister hat soeben eine Erklärung für das Nichterscheinen der Sekundärbahnvorlage in der vorigen Session gegeben. Man hatte nur behauptet, die Regierung habe mit der Nichteinbringung der Sekundärbahnvorlage das Land gewissermaßen dafür strafen wollen, daß das Abgeordnetenhaus die Kanalvorlage abgelehnt habe. Wenn die Regierung eine solche Politik verfolgt hat, so würde das aufs Tiefste zu beklagen sein. Das würde an den Ausspruch des Jungen erinnern, dem die Hände erfroren waren und der nun zu seinem Vater sagte: „Es geschieht dir ganz recht, daß ich meine Hände erfroren habe, warum fast du mir keine Handschuhe gekauft!" (Heiterkeit.) Jedenfalls hat Herr v. Miquel wieder Geld gespart dadurch, daß er die Vorlage in der vorigen Session nicht hat erscheinen lassen. Der Mangel an Nebenbahnen auf dem Lande befördere gerade den Zuzug vom Lande nach den großen Städten, da der Mangel an Verkehrsmitteln auf dem Lande sich in jeder Beziehung sehr unangenehm fühlbar mache.

Abg. Gamp (fk.) macht darauf aufmerksam, daß es sehr schwer sein werde, für die Eisenbahnen und auch für die Kleinbahnen Geld zu günstigen Bedingungen aufzunehmen. Dem Abg. v. Ehnern räth er, dahin zu wirken, daß die ihm nahestehende Presse nicht immer darauf dringt, daß die Sekundärbahnvorlage so lange hätte nicht kommen sollen, wie die Kanalvorlage nicht bewilligt sei. Es handle sich um Artikel der „Nationalzeitung," die diesen Standpunkt auch noch in der neuesten Zeit vertreten habe. Redner beklagt, daß beim Uebergang der Frachten von den Kleinbahnen auf die Hauptbahnen so hohe Expeditionsgebühren bezahlt werden müßten. Bei dem Uebergang von normalspurigen Kleinbahnen auf normalspurigen Hauptbahnen dürften überhaupt keine Expeditionsgebühren erhoben werden. Redner bittet um Auskunft darüber, wie die Regierung die Resolution des Abgeordnetenhauses befolgt habe, daß zum Bau von Kleinbahnen vorwiegend heimisches Material benutzt werden sollte. Redner will dann auch auf die Kanalvorlage eingehen, wird aber daran vom Präsidenten v. Kroecher gehindert.

Abg. v. Arnim (kons.) ist im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden, bedauert jedoch, daß die Regierung nicht die Wünsche Oberschlesiens mehr berücksichtigt hat.

Minister v. Thielen: Die Eisenbahnverwaltung hat, ehe sie an die Ausarbeitung ging, die Interessenten vorher gehört. Alle Behörden sind vorher um ihr Urtheil gefragt. Noch im letzten Jahre sind Verhandlungen gepflogen. Die Regierung ist bei der ganzen Vorlage niemals von dem Motiv ausgegangen, eine Belastung gegen der Ablehnung der Kanalvorlage eintreten zu lassen. Wir können jedoch nur ein bestimmtes Maß von Bauten ausführen.

Abg. v. Quast (kons.) bemerkt, daß in der Bevölkerung der Wunsch herrsche, nur normalspurige Bahnen zu bauen. Doch sei dieser Wunsch nicht immer ausführbar.

Abg. Herold (Ctr.) beschwert sich darüber, daß der Osten bisher stets bevorzugt sei. Im Westen sei der Bau vieler Bahnen unterblieben, trotzdem sich Unternehmer dafür gefunden hätten, weil der Staat erklärte, die Bahnen später selbst bauen zu wollen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.) meint, man sollte keine Vergleiche über angebliche Benachtheiligung einzelner Landestheile anstellen. Man solle damit zufrieden sein, daß die Vorlage gekommen sei.

Abg. v. Heimburg (kons.) wünscht neue Bahnlinien in Hessen-Nassau.

Abg. Seydel-Hirschberg (nl.) wünscht Bahnlinien von Lorenzdorf nach Sagan und von Löwenberg nach Hirschberg.

Abg. Schmieding (nl.) bemängelt die Grundsätze, nach denen die Staatsregierung bei dem Bau von Bahnen vorginge. Selbstverständlich müßten die Interessenten zu den Kosten herangezogen werden, doch gehe man in der steten Forderung der unentgeltlichen Hergabe von Grund und Boden zu weit.

Abg. Weihe (kons.) dankt der Regierung für die Einstellung der Linie Herford-Münden.

Lokale Wünsche auf Bau von Eisenbahnen werden noch vorgebracht von den Abgg. Osthaus (nl.), Szmula (Ctr.), Hoheisel (Ctr.), Hoyermann (nl.), Dandé (nl.), Mies (Ctr.), v. Grabski (Pole), Hackenberg (nl.), Mischke (nl.).

Abg. v. Strombeck (Ctr.) bringt die Beziehungen der Sekundärbahnvorlage zum Bürgerlichen Gesetzbuch, sowie einige budgetrechtliche Fragen zur Sprache.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die Vorlage den Anforderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs entspreche.

Abg. Brauer (nl.) äußert einige Wünsche bezüglich des Kreises Forst.

Abg. Wacco (nl.) beschwert sich, daß seit 1882 sein Wahlkreis Siegen-Wittgenstein keine Bahn bekommen habe und daß auch die Verhältnisse der bestehenden Bahnhöfe sehr traurige wären.

Darauf wird die weitere Berathung auf Dienstag, 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Wenn auch die neuesten Meldungen noch immer kein klares Bild über die Lage im Centrum des Kriegsschauplatzes geben, so scheint es doch, daß die Engländer nicht viel Grund zum Jubeln haben. Es wird immer klarer, daß die Buren die Engländer absichtlich vorrücken ließen, wo sie bald auf befestigte Burenstellungen stoßen werden. Währenddessen stehen die Burentruppen im Rücken ihrer Feinde und versuchen, ihnen die Proviant- und Munitionszufuhr abzuschneiden. Bemerkenswerth erscheint uns hierbei folgendes „Rechenexempel," das Generalmajor v. Schmeling in einem Berliner Blatte anstellt:

England schwimmt heute noch in einem Meer von Glück über das einen Telegramms vom Eintreffen seiner Kavallerie-Division in Kimberley. Wir müssen letztere Thatsache gelten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000219015/fragment/page=0002

lassen, meinen aber, daß in kurzem auf den Jubel in London eine große Ernüchterung, eine Depression folgen kann, wie sie nie zuvor.

Machen wir zu dem Zweck ein kleines Rechenexempel mit Kilometern, die ja bekanntermaßen im Kriege den Zuschlag geben, wenn sichs darum handelt, ob ein erreichter Erfolg nur ein das große Publikum blendendes Unternehmen war, wie jetzt etwa der Entsatz von Kimberley, oder eine durch Sicherung der rückwärtigen Verbindungen wohlvorbereitete Operation, an die sich Schlag auf Schlag weitere Erfolge schließen können.

Also 1. Die rückwärtige Verbindung des Generals Roberts ist auf die Eisenbahn Kapstadt-De Aar-Hopetown-Modder River Station angewiesen.

2. General Roberts hat sein durch diese Bahn zu füllendes Hauptmagazin in der Nähe letztgenannter Station, die von Bloemfontein 120 km entfernt liegt.

3. Die Buren stehen zu einem Theil zwischen Modderriver-Station und Bloemfontein, zum andern Theil bei Colesberg, hier nur 100 km von de Aar, aber 200 km vom Corps des Generals Roberts entfernt, mag dieses bei Kimberley stehen bleiben oder auf Bloemfontein marschiren. Die Verbindungen der Buren mit dem östlichen Hauptheer Theil des Oranje-Staates, bezw. mit der Hauptbahn Colesberg-Bloemfontein sind gesichert, so lange dem General Roberts eine entsprechende Streitmacht wie jetzt gegenüber bleibt.

4. Den Buren bei Colesberg stehen nur schwächere englische Abtheilungen entgegen, die seit einer Woche in stetem Rückzuge nach Süden sind.

Schlußfolge.

Diese Schlage ergiebt die einfache Rechnung, daß von Colesberg aus binnen zwei Tagen eine beträchtliche Buren-Abtheilung von einigen tausend Mann und ein paar Batterien die Eisenbahn zwischen De Aar und Hopetown für Monate unbrauchbar machen kann, es sei denn, daß General Roberts zur Deckung dieser Bahn so starke Kräfte zurücklassen hätte, daß ein erfolgreicher Vormarsch auf Bloemfontein für ihn ausgeschlossen wäre. Der kleine Erfolg von Kimberley könnte sich demnach in eine schwere Katastrophe umwandeln, wenn General Cronje den Engländern bei Kimberley nur eine Maske gemacht hätte und mit seinen Hauptkräften bei Colesberg wäre.

Dieses Rechenexempel des Generalmajors v. Schmeling scheint zu stimmen, wie aus folgenden Meldungen hervorgeht:

Brüssel, 17. Febr. Die Transvaal-Gesandtschaft hält an dem Glauben fest, daß die angebliche Flucht des Generals Cronje nur eine Kriegslist bedeuten könne, denn Cronje sei ein erfahrener Stratege, welchen man nicht leicht überraschen könne. Den Entsatz Kimberleys hält man hier für ein geringfügiges Ereignis im Vergleich mit den gewaltigen Fortschritten, welche die Buren in der Richtung auf Arundel machen. Gelingt es ihnen, De Aar zu besetzen, so hat Roberts keine Operationsbasis mehr. Die Rückzugslinie ist ihm abgeschnitten. Er wäre dann zur Umkehr genöthigt. Die Lage bleibt somach völlig unentschieden. Die Gesandtschaft glaubt, daß man sich in London zu früh gefreut habe, und hält an der Siegeszuversicht der Buren fest.

Paris, 18. Febr. Dem „Temps" wird aus London gemeldet: Die Buren dringen in der Kapkolonie energisch vor. Auf dem Kriegsamt hegt man ernste Befürchtungen bezüglich der Verbindungslinie des Generals Roberts. Der Vorstoß der Buren, welcher Freitag bis Rensburg reichte, scheint sich schon bis zur Linie De Aar-Kimberley erstreckt zu haben. Die Postverwaltung giebt bekannt, daß die Verbindung mit Kimberley noch nicht oder nicht mehr offen ist. In militärischen Kreisen herrscht allgemein der Eindruck, daß der Zug des Generals French allzugut gelungen sei, mit anderen Worten, daß General Roberts überflügelt und abgeschnitten worden sei.

London, 18. Febr. Das „Reuter'sche Bureau" erhielt aus Prätoria über den Kampf am 15. d. bei Jacobsdal ein Telegramm, welches besagt, daß 2000 Engländer durch die Stellung der verbündeten Buren am Modderriver hindurch nach Kimberley gelangten, während zur selben Zeit ein Theil der verbündeten Buren bei Kimberley in einem Kampf begriffen war. Weiter verlautet, daß der Nachtrab der Engländer von den Buren abgeschnitten sei, welche eine Anzahl Gefangene gemacht und eine große Menge Ochsen erbeutet hätten.

Die Wegnahme des großen englischen Convois am Riet-Flusse erfolgte in Waterval, während die Engländer unter Kelly-Kenny ihrerseits die 78 Wagen von dem abziehenden General Cronje an einem Punkte nördlich des Modderriver erbeuteten.

London, 17. Febr. Aus Jacobsdal wird gemeldet: Starke Kommandos von Freistaatburen operiren im Rücken Roberts' und French's, dessen gesammten Munitions- und Proviantzug sie wegnahmen. Bloemfontein ist stark gedeckt. Burengeneral Cronje erwartet in seinen Stellungen nördlich des Modderflusses den Angriff Roberts, welcher damit zögert.

London, 17. Febr. Die Abendblätter melden aus Sterkstrom von heute: Die Buren begannen heute früh den Vormarsch auf die englischen Stellungen bei Molteno. Sie führten einige Geschütze mit sich und eröffneten das Feuer auf die englischen Feldwachen.

Arundel, 17. Febr. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Durch eine Aufklärungstruppe wurde festgestellt, daß die Buren die südwestlich von Kulfontein gelegenen Höhen in voller Stärke besetzt halten und ebenso auf dem Vaalkop stehen.

Auf englischer Seite scheint man jedoch den Ernst der Situation noch nicht eingesehen zu wollen, oder aber, man begreift noch gar nicht, daß Cronje dem Feldmarschall Roberts ein verschmitztes Manöver vorgemacht hat, denn aus London telegraphirt man:

Die „Times" meldet aus Oranje River vom Freitag: Hier wird berichtet, die Buren seien im Begriff, zu versuchen, unsere Kommunikationslinie bei Graspan zu unterbrechen. Ein Panzerzug patrouillirt die Strecke ab, und Detachements halten alle Stationen besetzt. Es ist darum unwahrscheinlich, daß der Feind imstande sein wird, ernsten Schaden anzurichten.

Die Engländer sind hiernach also noch recht sorglos und es ist möglich, daß sie Gelegenheit finden werden, diese Sorglosigkeit zu bereuen. Seltsam berührt es auch, daß man in London noch immer an der Meinung festhält, Cronje sei durch den britischen Vormarsch überrascht worden und habe kopflos und planlos die Flucht ergriffen. Daß hiervon absolut nicht die Rede sein kann, beweist, abgesehen von allen anderen, schon die einzige Thatsache, daß die Engländer nichts davon berichten, daß sie die schweren Geschütze der Buren erbeutet hätten, was doch sicherlich nicht verschwiegen worden wäre, wenn ein solcher Fang geglückt wäre. Die Buren haben also ihre schweren Kanonen von Kimberley und Magersfontein fortschaffen können, was wahrhaftig nicht im Handumdrehen, wie es bei einer Ueberraschung nöthig gewesen wäre, möglich ist.

Auch am Birdriver haben Kämpfe stattgefunden, über die man uns folgendes berichtet:

London, 18. Febr. „Lloyd's Weekly News Paper" meldet aus Birdriver Camp vom 16. d. M.: Heute stießen bei Dordrecht die Brabant's Horse auf die Buren; es entspann sich ein 8 Stunden andauerndes lebhaftes Gefecht, das den Charakter einer richtigen Schlacht annahm.

Lager am Birdsriver, 17. Febr. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus".] General Brabant hatte heute ein heftiges Gefecht mit den Buren im Distrikt von Dordrecht und säuberte das Land zwischen Penhoek und Dordrecht vom Feinde. Der Verlust der Engländer betrug 16 Mann, 8 davon wurden getödtet, darunter 2 Offiziere.

Während so im Centrum des Kriegsschauplatzes die Ereignisse zur Entscheidung drängen, hat General Buller in Natal einen neuen Angriff versucht. Es liegen uns darüber folgende Meldungen vor:

London, 17. Febr. Dem „Evening News" wird aus Lourenzo Marquez vom heutigen Tage gemeldet: Von Seite der Buren hier eingetroffenen Depeschen zufolge greift General Buller wieder den Vaalkranz an. Es ist ein sehr heftiger Kampf im Gange. Zur Zeit halten die Buren ihre Stellung.

London, 18. Febr. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Durban von gestern: Wie verlautet, hat heute auf dem äußersten rechten Flügel Buller's ein Kampf stattgefunden, dessen Resultat noch unbekannt ist.

An sonstigen Nachrichten sind noch die folgenden zu verzeichnen:

Port Elizabeth, 17. Febr. [Telegramm des „Reuter'schen Bureaus".] Das Kanonenboot „Trush" belegte den auf der Fahrt von New York nach der Delagoa-Bai befindlichen Dampfer „Sabine" mit Beschlag, weil Kriegskontrebande an Bord desselben vermuthet wurde.

London, 17. Febr. Die „Daily Mail" meldet aus Pietermaritzburg: Lieutnant Holliday und Sergeant Sharpe haben den Inhalt eines Magazins im Zululand in die Luft gesprengt, damit es nicht in die Hände der Buren falle. Es enthielt 40 Kisten Dynamit, 4700 Gewehrladungen, 1900 Ladungen von anderer Munition und 150 Pfund Pulver. Holliday's Detachement bewacht die Wagen und Vorräthe.

New York, 17. Febr. 175 Schweizer Schützen haben nach einer Mittheilung der Amerikanischen Schweizerzeitung die Reise aus dem Nordwesten der Union nach New York angetreten, um sich nach Transvaal einzuschiffen und dort in den Reihen der Buren zu kämpfen.

*

Ueber die Eroberung und Wiederaufgabe von Spion Kop liegen jetzt ausführliche Berichte der Kriegskorrespondenten, unter deren Augen sich die dortigen Ereignisse abspielten, vor. Churchill schreibt unmittelbar nach dem Fehlschlagen der Operation unter dem 25. Januar; Drei Alternativen boten sich dem Kriegsrath am 22. Januar dar. Erstens, die zweite Burenposition längs dem Höhenzuge bei Mondlicht anzugreifen. Dies würde ein schweres Blutbad und ein fürchterliches Risiko bedeutet haben. Zweitens konnte man sich wieder hinter den Tugela zurückziehen und sich anderwärts nach einem Uebergange umsehen; dies war eine moralische Niederlage und eine weitere Verzögerung der Entsetzung von Ladysmith; drittens konnte man nächtlich den Berg Spion Kop angreifen und von dort die Schanzen der Buren in der Längsrichtung bestreichen und beherrschen. Sir Redvers Buller, der jedenfalls äußerliche Erfolge verschmäht hat, war für die zweite dieser möglichen Entschließungen, aber Buller gab den dringenden Bitten seiner Untergebenen nach, und zwar mit Recht, weil wir jetzt zum wenigsten die Stärke der feindlichen Position kennen, während wir sie früher blos fürchteten. Es wurde deshalb beschlossen, Spion Kop nachts anzugreifen, die Schützengräben der Buren mit dem Bajonett zu erstürmen, sowie möglich sich vor Tagesanbruch zu verschanzen, sich den Tag hindurch in der genommenen Stellung zu behaupten, nachts Kanonen hinaufzuschaffen und dadurch die Linien der Buren zu beherrschen. Es besteht natürlich absolut kein Zweifel daran, daß Spion Kop der Schlüssel der ganzen Position ist, und der Leser hat sich blos daran zu erinnern, daß der Berg die Linie des Feindes zertheilt, beherrscht und in der Längsrichtung bestreichen läßt, um jene Thatsache zu verstehen. Die Frage, die zu beantworten war, war jene, ob die Truppen den Tag über aushalten, und ob der Ort in der folgenden Nacht gegen Granatfeuer befestigt und mit Geschützen armirt werden konnte. General Woodgate wurde mit dem Kommando betraut, und Colonel Thornecroft mit einem großen Theil der Einrichtung und der Leitung des nächtlichen Angriffs. . . . . Durch Colonel Thornecroft geführt, machte sich die Angriffskolonne erfolgreich den südlichen Sporn des Berges hinauf über äußerst schwieriges und gefährliches Terrain und überraschte die Buren, die auf dem Gipfel die Schützengräben bewachten. Um 8 Uhr vernahmen die in der Ebene Horchenden den plötzlichen Ausbruch von Gewehrfeuer, dem das laute Hurrah der Truppen folgte, und wußten, daß die Position genommen sei. Zehn englische Soldaten waren durch das heftige Feuer der Buren getödtet und verwundet, 6 Buren erlagen dem Bajonett der Briten. Die Abtheilung ging sodann daran, sich zu befestigen, aber die Oberfläche des Hügels war für die Vertheidigungseinrichtung äußerst ungeeignet. Die Felsen, die den Gipfel bedeckten, machten das Graben fast zur Unmöglichkeit. . . . Der Morgen brach an, und mit ihm kam der Angriff. Der Feind, der die vitale Bedeutung der Position erkannte, konzentrirte jeden Mann und jedes Geschütz, das zu seiner Verfügung stand, darauf, um sie wieder zu erobern. Ein mörderisches Feuer wurde sofort auf den Gipfel eröffnet, das sofortige und andauernde Verluste hervorrief. General Woodgate wurde verwundet und Oberst Thornecroft übernahm das Kommando der Brigade . . . . Um bald 9 Uhr wurde die Lage äußerst kritisch. Die Truppen waren fast gänzlich vom Hauptplateau vertrieben, und es gelang den Buren, eine Reihe ihrer Schützengräben wieder zu besetzen. . . . . In diesen Tagen überschwänglicher Aussichten giebt es keine Worte, die der glorreichen Ausdauer gerecht würden, mit die der britischen, ausschließlich aus Engländern bestehenden Regimenter sich durch die langen, schleppenden Stunden eines Höllenfeuers behaupteten. Zwischen drei und vier Uhr fielen die Granaten von beiden Seiten auf den Hügel, und zwar, wie ich zählte, sieben Stück pro Minute, und das mörderische Feuer der Maxim-Schnellfeuergeschütze zerriß die Hügelwände mit ununterbrochenen Ketten von Rauch und Staub. Ein dichter, ununterbrochener Strom von Verwundeten floß rückwärts. . . . Ein Dorf von Ambulanzen wuchs am Fuße des Hügels auf. Die Todten und Verletzten, durch die Granaten zerstückelt, zerschmettert, lagen auf dem Hügel herum, bis er von einer Masse zuckender, blutenden Fleisches bedeckt war. Der Durst quälte die Soldaten, denn obschon Wasser zur Hand war, so war das Feuer zu nahe und ernst, um auch nur einen Moment Zeit zu geben. Aber nichts konnte die zähe Ausdauer der Vertheidiger knicken. Die Nacht brach ein, und die Briten hatten noch den Hügel besetzt." In malerischer Darstellung schildert sodann Churchill, wie Thornecroft angesichts der Unmöglichkeit, Geschütze hinaufzuschaffen, nachts die Position aufgegeben, wo sonst ohne die Stütze der Artillerie nutzlos der letzte Mann niedergeschossen wären worden.

Frankreich.

Die neueste „Affaire", die Angelegenheit des Marineministerialbeamten Philipp, der den Engländern wichtige Informationen für den Transvaalkrieg geliefert haben soll, zieht bereits weitere Kreise. Eine Note der englischen Botschaft in Paris stellt in voller Form in Abrede, daß irgend welche Beziehungen zwischen der Botschaft und einem Beamten des französischen Marineministeriums bestanden hätten. Dieses Dementi will ziemlich wenig besagen, denn es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Botschaft mit Philipp nicht in direkten Beziehungen gestanden hat. Werthvoll wäre es deshalb, wenn die britische Botschaft erklären könnte, daß sie auch durch Mittelspersonen keine Informationen aus dem französischen Marineministerium erhalten habe. Der französischen Regierung muß das Zeugniß ausgestellt werden, daß sie sich bemüht, der Sache auf den Grund zu kommen. Wie uns aus Paris gemeldet wird, forderte der Disziplinarrath des Marineministeriums den Philipp auf, innerhalb einer bestimmten Frist zu einer Rechtfertigung zu erscheinen.

Mit einer für unsere Kolonie Kamerun sehr erfreulichen Meldung werden wir von Paris aus überrascht. Laut amtlichen Nachrichten, die bei dem französischen Kolonialministerium eingegangen sind, hat nämlich die Herrschaft des Rabbeh, des ostsudanesischen Eroberers, der sich in Bornu festgesetzt hat und bereits südlich vom Tschadsee in das Kamerunер Schutzgebiet vorgedrungen war, in einem Kampfe mit den französischen Kolonialtruppen einen schweren Stoß erlitten. In Frankreich freut man sich begreiflicherweise darüber, daß die Niedermetzelung der Expedition Bretonnet's gerächt worden ist. Das Telegramm des Gouverneurs von Französisch-Kongo, de Lamothe, das der „Köln. Ztg." zufolge die Nachricht übermittelt, ist aus Banghi vom 2. Jan. datirt und meldet: „Am 2. Dez. brachte ein erster Bote die Nachricht von dem Angriff auf Rabbeh's befestigte Stellung in Kuna (am Schariflusse), die nach einem heftigen Kampfe von neun Stunden zerstört wurde. Die Feste war von 12,000 Mann mit 2500 Gewehren und drei Geschützen vertheidigt; von letzteren wurden zwei durch unsere Haubitzen außer Gefecht gesetzt. Rabbeh wurde verwundet und verließ den Schlußplatz des Gefechts sechs Stunden, bevor das Feuer eingestellt wurde. Leider haben wir den Erfolg theuer erkauft: Ein Wachtmeister und 43 Senegalschützen sind getödtet; vier Europäer, darunter Hauptmann Robillot, und 106 Mitkämpfe haben leichtere Verwundungen erhalten. Wir verfügten über etwa 320 Gewehre; die Hälfte unserer Mannschaften ist mitbin getroffen worden. Die Ergebnisse des Gefechts bei Kuna erweisen sich als bedeutender, als man hoffen durfte. Rabbeh ist durch seine bedeutenden Verluste, die man auf 2—3000 Todte schätzt, vollständig entmuthigt und befindet sich fast ganz allein auf der Flucht nach Norden. Die in Kuna getroffenen Gefangenen sind befreit, der Verkehr nach dem Tschadsee ist für den kleinen Schariddampfer offen und die Möglichkeit für eine Fühlungnahme mit der Mission Foureau ist somit vorhanden."

Rußland.

Unter reger Betheiligung des Auslandes, vornehmlich Berlins, Stockholms und Londons, ist am Sonntag in Petersburg die erste Ausstellung für Frauen-Hygiene eröffnet worden.

In Bialystok sind infolge der Finanzkrisis 2000 Fabrikarbeiter arbeitslos. Zur Milderung des Nothstandes werden Volksküchen eingerichtet.

Türkei.

Mahmud Pascha und seine Söhne haben an die Zeitungen einen Brief gerichtet, in welchem sie die Gerüchte, wonach sie beabsichtigen, nach Konstantinopel zurückzukehren, für unbegründet erklären.

Serbien.

In maßgebenden Kreisen wird versichert, die Meldung, sämmtliche serbische Konsuln in Rußland hätten demissionirt, sei unrichtig. Nur der serbische Konsul in Moskau habe aus persönlichen Gründen seinen Abschied genommen.

Guatemala.

Der Pariser Gesandte für Guatemala erklärt die gestern von uns wiedergegebene Meldung, daß auf Befehl des Präsidenten Cabrera 300 Kinder erschossen worden seien, für unbegründet. Es sei unrichtig, daß Präsident Cabrera den Soldaten den Befehl gegeben habe, zu feuern. Ob die Soldaten aber nicht trotzdem, vielleicht ein Befehl irgend eines anderen Würdenträgers gefeuert haben, darüber schweigt der Gesandte.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwet; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Waaren- und Produktenberichte.

Metalle.

Hamburg, 17. Febr. Silber 81,50 Br., 81,00 G.

London, 17. Febr. Silber 27½.

Amsterdam, 17. Febr. Banca-Zinn 34.

London, 16 Febr., 5 Uhr nachm. Kupfer fest, 74 Pfd. Sterl. 15 s. — d 3 Mon. 73 Pfd. Sterl. 5 s., Makler-Schlußpreise 74 Pfd. Sterl. 17 s. 6 d. bis 75 Pfd. Sterl. 2 s. — d., best selected 77 Pfd. Sterl. 15 s. strong sheets — Pfd. Sterl. — s. Zinn stramm, Straits 140 Pfd. Sterl. — s., 3 Mon. 135 Pfd. Sterl. — s. — d., englisches 144 Pfd. Sterl. — s. Blei fest, span. 16 Pfd. Sterl. 13 sh. 9 d., englisches 16 Pfd. Sterl. 17 sh. 6 d. Zink fest, gewöhnliche Marken 22 Pfd. Sterl. 12 sh. 6 d., besondere Marken 23 Pfd. Sterl. — sh. — d., gewalztes schlesisches 27 Pfd. Sterl. — sh. Nickel 1 sh. 4 d. bis — sh. — d.

Glasgow, 16. Febr. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 217,498 Tons gegen 312,496 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 85 gegen 84 im vorigen Jahre.

New York, 17. Febr. Zinn 31,70, Kupfer 16,02—16,50 Doll.

Viehmärkte.

Berlin, 17. Febr. Städtischer Schlachtviehmarkt. Zum Verkaufe standen: 5434 Rinder, 6930 Kälber, 5544 Schafe, 8410 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Für Rinder: Ochsen: 1) vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt, 62—66; 2) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete, 57—61; 3) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 53—55; 4) gering genährte jeden Alters 49—52; — Bullen: 1) vollfleischige höchsten Schlachtwerths 59—63; 2) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 53—58; 3) gering genährte 48—52; — Färsen und Kühe: 1) a. vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths —,—, b. vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths höchstens 7 Jahre alt 52—3; 2) ältere ausgemästete Kühe und wenige gut entwickelte jüngere 49—51; 3) mäßig genährte Färsen und Kühe 46—51; 4) gering genährte Färsen und Kühe 43—45; — Kälber: 1) feinste Mastkälber (Vollmilchmast und beste Saugkälber) 68—70; 2) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 62—65; 3) geringe Saugkälber 52—58; 4) ältere gering genährte Kälber (Fresser) 44—48 M. Schafe: 1) Mastlämmer und jüngere Masthammel 59—62 M.; 2) ältere Masthammel 56—58 M.; 3) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 46—51 M.; 4) Holsteiner Niederungsschafe —,— auch pro 100 Pfund Lebendgewicht —,— M. — Schweine: Man zahlt für 100 Pfund lebend (oder 50 kg mit 20proz. Tara-Abzug: 1) vollfleischige, kernige Schweine feinerer Rassen und deren Kreuzungen, höchstens 1¼ Jahr alt 45—46; Käser —,—, fleischige Schweine 43—44; gering entwickelte 40—42; Sauen 40—42 M.

Verlauf und Tendenz: Das Rindergeschäft wickelte sich langsam ab und hinterläßt Ueberstand; schwere ältere Ochsen und Kühe verbleiben nachlässigt. Der Kälberhandel gestaltete sich ziemlich glatt. Bei den Schafen war der Geschäftsgang langsam, etwas Ueberstand verbleibt. Der Schweinemarkt verlief nach Aufhebung der bedingten Ausnahmesperre glatt und wurde bei schliesslich abflauendem Handel geräumt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000219015/fragment/page=0003

1 Mark 75 Pfg.

Kostet das Abonnement

Monat März

bei allen Postanstalten auf das

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

mit seinen 5 werthvollen Beiblättern:

ULK, illustrirtes Witzblatt;
Zeitgeist, Feuilleton-Beiblatt;
Deutsche Lesehalle, illustr. Sonntagsbl.;
Technische Rundschau, illustrirt;
Haus Hof Garten, illustrirt.

Renten-versicherungen

sind bei dem heutigen niedrigen Zinsertrage aller sicheren Anlagewerte **der zuverlässigste Weg, das Einkommen dauernd zu erhöhen.**

Für ein Einlagekapital von 1000 Mark zahlt unsere Gesellschaft (gegr. 1872. Vermögen ca. 40 Millionen Mark) beispielsweise einem Rentenkäufer im Alter von

55	65	70 Jahren
77.79	109.39	132.29 Mark

jährliche Rente **auf Lebenszeit.**

Tarife und jede nähere Auskunft bei allen Vertretern, sowie bei der

Oelheima in Magdeburg
Allgem. Versich.-Actien-Gesellschaft.

Neue Serie

der

Bibliothek der Gesamt-Litteratur.

Nummer 1340—1352.

Tolstoi, Auferstehung.

Roman in 3 Theilen.
Aus dem Russischen übersetzt.
☞ Vollständige ungekürzte Ausgabe. ☜
Mit dem Bilde des Verfassers und einer Vorbemerkung von Dr. Franz Kwelt.
Geheftet 1.75 M., Leinenband 2 M.

Junge Liebe.

Von
Henri Borel.
Autorisierte Übersetzung aus dem Holländischen von Ernst Keller-Soden.
Mit dem Bilde des Verfassers.
Geh. 50 Pf., Leinenbd. 75 Pfg. in feinem Geschenkband 1.50 M.

Die Narren der Liebe.

Roman
von
Maurus Jókai.
Mit dem Bilde des Dichters und einer Vorbemerkung von Dr. Franz Kwelt.
Geheftet 1 M., Leinenband 1.25 M.

Durch alle Buchhandlungen und von

Otto Hendel Verlag, Halle S.

Neu! Originell!
Schwammform „Lucullus“,
zum Backen von Pitzen, p. St. 2 Mk.
Anweisung zum Zubereiten, Backen u. Probegebäck wird jedem Stück beigegeben.

A. L. Müller & Co., Gr. Steinstraße 14.
Specialität: Alle Neuheiten der Wirthschafts-Branche.

Gummi-Stempel-Fabrik
Nicolaistr. 6.
Alfred Pfautsch, Halle

Künstliche Zähne,

Plombiren, Reparaturen etc.

R. Pfaudler,
Leipziger Strasse 33.

33⅓ % Rabatt Ladengeschäften
33⅓ % 10 f. Briefm.-Kommissions-Verkauf v. G. Zechmeyer, Nürnberg.

Yost-Maschine.

Schriftliche Arbeiten
und **Vervielfältigungen**
schnell u. preiswerth.
Unterricht Mk. 20.—.

Aug. Weddy,
Leipziger Str. 22.

Zähne, naturgetreu, vollständig brauchbar, schmerzlos,
Reparaturen und Umarbeitungen sofort. Billig.
Zahnziehen schmerzlos ohne allen Betäubung,
Plomben, Gold, Silber, Emaille.
Dr. chir. dent. **Netz,** prom. Amerika,
Geiststr. 21. Auf Namen u. 21 achten

Deutsches Reichspatent 96223.
Kefir-Brot,
Kefir-Zwieback,
Kefir-Cakes,
sehr empfehlenswerth für Magenkranke.
Alleiniger Fabrikant für Halle nur
Otto Hänel, Bäckermeister,
Geiststraße 46. Harz 12.
Daselbst kann ein Lehrling eintreten.

TROPON

Nahrungs-Eiweiss.

Tropon setzt sich im Körper unmittelbar in Blut und Muskelsubstanz um, ohne Fett zu bilden. Tropon hat daher bei regelmässigem Genuss eine bedeutende Zunahme der Kräfte bei Gesunden und Kranken zur Folge und kann allen Speisen unbeschadet ihres Eigengeschmacks zugemischt werden. 1 Kilo Tropon hat den gleichen Ernährungswert wie 5 Kilo Rindfleisch oder 180—200 Eier und kostet dabei nur Mk. 5,40 pro Kilo, ist also um die Hälfte billiger als Fleisch. Bei diesem niedrigen Preise ermöglicht die Anwendung von Tropon im Haushalt ganz bedeutende Ersparnisse.

Vorräthig in Apotheken, Drogengeschäften, Delicatess- und Colonialwaaren-Handlungen

Tropon-Werke, Mülheim-Rhein.

Amthor'sche Höhere Handelslehranstalt zu Gera.

— Gegründet 1849. —

1. **Lateinlose höhere Handelsschule.** Die Reifezeugnisse berechtigen für den einjährig-freiwilligen Militairdienst. Vorkurs-Quarta.
2. **Fachwissenschaftlicher Kurs** (akademische Abtheilung). Semestrale Verpflichtung, sowie Auswahl der Lehrfächer zulässig.

Prospekte und sonstige Auskunft durch das **Direktorium.**

Herzogliche technische Hochschule

Braunschweig.

Beginn des Sommer-Semesters am 24. April, der Einschreibungen am 23. April 1900.
Programme sind unentgeltlich vom Secretariate zu beziehen.
Gegenseitige Anerkennung der vor- und ersten Hauptprüfung im Ingenieurbau, Ingenieurbau- und Maschinenbaufache in Preussen und Braunschweig. — Reichsprüfungen für Nahrungsmittel-Chemiker und Pharmaceuten. — Diplom-Prüfungen.

Der Rector: **Schöttler.**

Der Presstein-Verkauf

ab unserer Naßpreßsteinfabrik Mansfelder Straße 21

ist bis auf Weiteres geschlossen.

Die geringen Vorräthe werden nur noch an solche Abnehmer abgegeben, welche auch früher ihren Bedarf an Heizmaterialien von unseren Werken entnommen haben.

Consolidirte Hallesche Pfännerschaft.

Vom vereidigten Chemiker unters. Unter ärztl. Kontrolle angefertigt.

Wer seine Kinder lieb hat,

giebt ihnen

Koch's
langjährig bewährten **Nährzwieback.**

Carl Koch's Nährzwieback bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch.

Zu haben in den Apotheken, Drogerien, grösseren Colonialwaarenhandlungen und Bäckereien, sowie in

Karl Koch's Nährzwieback-Fabrik Halle a. S.

Glasbausteine

Patent Falconnier.

An Stelle der bisher gebräuchlichen Verglasungen an Bauten aller Art haben sich die

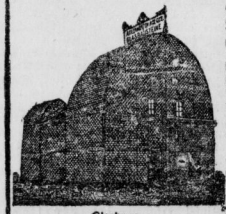
Patent-Glasbausteine

(System Falconnier)

neuerdings in vielen Fällen als überaus praktisch und vortheilhaft bewährt.

Vorteile:

Grösste unbeschränkte Lichtzufuhr, grosse Festigkeit bei Temperatur- und Schallisolierungen. Anlaufen und Gefrieren ausgeschlossen. Läden und Vorhänge überflüssig. Reinigung die denkbar leichteste. Grosse Heizmaterialersparnis im Winter. Grossartige Lichteffekte durch Zusammenstellung von verschiedenfarbigen Steinen.



Glashaus.

Angewendet von den Eisenbahn-Verwaltungen Deutschlands und des Auslandes an Lokomotiv-Remisen und Wartehallen etc., ferner von den verschiedensten Industriellen bei Fabrikbauten, Wänden, Dächern etc.

Ueberraschend für Gewächshäuser, Veranden, Treppenhäuser etc.

Glasbausteine mit Drahtmantel für Brandmauern.

Lager an allen grösseren Plätzen.

Glashüttenwerke Adlerhütten A.-G.
PENZIG in Schlesien.

Vertretung und Lager bei:
Alwin Zander, Halle a. S., Brüderstrasse.

Hypotheken-Kapital.

Für süddeutsche Rechnung bin ich beauftragt,
erststellige Hypotheken-Kapitalien
in jeder Höhe auf hiesige u. Giebichensteiner Grundstücke auszuleihen.

M. Oberlaender, Bankkommission, Gr. Ulrichstr. 27, Telesph. 1149.

Staatl. concess. Seminar

für **Kindergärtnerinnen und Privatlehrerinnen** (Gegr. 1878). Kurse ½- u. 1jährig. Jederzeit Garantie für gute Stellung.
Harz 13. **Dir. Eyssell-Weydling.**

Sekundaner od. Primaner,

welcher den Kindern des Hauses die Schularbeiten beaufsichtigt, findet recht **gute Pension.** Pensionspreis jährl. nur **250 Mark.** Offerten unter G. **347** an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Möbel-Etablissement

M. Resch

Halle a. S.,
Leipziger Str. 11, I. (kein Laden).
Specialgeschäft completter
Wohnungs-Einrichtungen
v. 200—6000 Mk.

Salon.

1 hochel. Plüschgarn. od. Paneeli.	M.	130.
1 „ nußb. Salon-Bericoun	„	60.
1 „ „ Salontisch	„	22.
1 „ „ „ gr. Stauten-Trumeau mit Fal.	„	55.
4 moderne Rohrlehnstühle	„	24.

Wohnzimmer.

1 Kleiderviertreär mit Muschel	„	35.
1 Speisetisch mit Ausl.	„	22.
1 gr. Pfeilerip. m. Schränkch.	„	35.
1 gute Ottomane mit Ripsbez.	„	50.
4 Stühle mit Rohrsitz	„	14.
1 Servirtisch	„	10.

Schlafzimmer.

2 franz Bettst. mit Sprungf.-Matratze und Keilkissen	„	8.
1 Waschtisch mit Marmorplatte	„	8.
1 Waschtischspiegel	„	1.
1 compl. Kücheneinrichtung	„	6.
Alles zusammen für	M.	620.

Sämmtliche Möbel werden z. festen Preis auch einzeln abgegeben. Trotz der billigen Preise langjähr. Garantie. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich aufbew. u. z. best. Zeit franco geliefert.

F. Wolff,

Große Steinstraße 36,
gegenüber den Kgl. Kliniken,
Färberei u. chem. Wasch-Anstalt.

Damen-Kleid chemisch Reinigen Mk. 2,50.
Herren-Anzug chem. Reinigen Mk. 2,50.

Garantie für tadellose Ausführung. Rücklieferung innerhalb 3 Tagen.

Ziehung schon 8. März.

Aachener-Dombau.

1/1	1/2	1/4 Loos
10 Mk.	5 Mk.	2.50 Mk.

☞ Porto u. Liste 30 Pfg. ☜

E. Heintze, Bankgeschäft,
Wittenberg (Bez. Halle).

MEHR LICHT

wird ertheilt bei einfacher Petroleum-Beleuchtung durch Einwurf von

H. Unger's Lucifer-Kugeln

in das Petroleum.
Wunderbar schönes Licht.
☞ Grosse Ersparniss an Petroleum.
Preis 1 M. für 12 Kugeln
nur allein ächt bei:
H. Meissner, Walhalla-Drogerie, Halle a/S., Magdeburger Strasse 36.

Mit 3 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000219015/fragment/page=0004